

Antrag an den Kreistag

Datum	23. April 2004
Einreicher	Fraktionen der CDU, SPD und Bauernverband
Inhalt	<u>Dringlichkeitsantrag</u> zur geplanten Ausweisung von Vogelschutzgebieten im Landkreis Uckermark

Der Kreistag möge am 28.4.2004 beschließen:

Der Kreistag des Landkreises Uckermark lehnt die derzeit geplante Ausweisung von Vogelschutzgebieten (SPA) in der Uckermark ab.

Der Landrat wird beauftragt, entschieden und nachdrücklich bei allen Entscheidungsträgern und entsprechenden Behörden (Landesregierung, Landtag Brandenburg und Bundesumweltministerium) das Votum des Kreistages zu vertreten und darauf hinzuwirken, dass die Informationspolitik des MLUR und die Beteiligung der hier lebenden und arbeitende Menschen wesentlich verbessert wird.

Die Landesregierung wird aufgefordert, ihre Verantwortung für Benachteiligte Regionen so wahrzunehmen, dass spürbare Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation entstehen anstelle zusätzlicher Restriktionen und Benachteiligungen im Wettbewerb.

Begründung:

Das Umweltministerium des Landes Brandenburg beabsichtigt, weitere Vogelschutzgebiete (Special Protected Areas - SPA) auszuweisen. Die Europäische Union kann Mitgliedsstaaten verpflichten, besondere Schutzgebietsausweisungen nach der Vogelschutz-Richtlinie und der FFH-Richtlinie vorzunehmen. Durch die Festsetzung werden die Bürger und Unternehmen vor schwerwiegende Folgen gestellt.

Die von der Landesumweltministerium praktizierte Modalität zur Ausweisung weiterer Schutzgebiete in der Uckermark war ausschließlich im Internet, ohne vorherige Information betroffener Bürger, Unternehmen und Träger öffentlicher Belange gekennzeichnet. Die durch die Fachabteilung des MLUR organisierten Informationsveranstaltungen können mangels hinreichender vorheriger Information nicht als ernsthafter Versuch einer Problemanalyse vor Ort angesehen werden.

Betroffen von der weiteren Schutzgebietsausweisungen seien wiederum viele Flächen in der Uckermark, insbesondere große Bereiche des Amtes Gartz/Oder. Sie tangieren aber auch das Umfeld des Raffineriestandortes Schwedt/Oder direkt.

Die Ausweisung wird dazu führen, dass sich der Umweltstandard wieder drastisch erhöht und sich daraus Folgekosten und wirtschaftliche Beeinträchtigungen ergeben. Solche Beeinträchtigungen betreffen insbesondere die Landwirte und zwar auch in den Fällen, wo ökologische Maßnahmen sowohl im Haupt- und Nebenerwerb zur Existenzsicherung entwickelt werden und sie betreffen insbesondere Maßnahmen zur Entwicklung der touristischen Infrastruktur.

In einer Region, die von Abwanderung und Arbeitslosigkeit betroffen ist, der Überalterung droht, sind solche Entscheidungen der Landesregierung nicht hinnehmbar. Von der Regierung wird erwartet, dass nicht nur düstere Szenarien der künftigen Entwicklung aufgezeigt werden, sondern Projekte und Mechanismen entwickelt werden, die zur Gegensteuerung geeignet sind. Zusätzliche Restriktionen sind in keinem Fall Wege zur Verbesserung der Situation, sondern verschärfen den Negativtrend.

Kreistag Uckermark 3. Wahlperiode
Antrag an den Kreistag

Die angekündigten Veränderungssperren und Verträglichkeitsprüfungen in den neu ausgewiesenen Gebieten, gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der noch vorhandenen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie den Ausbau bestehender Gewerbe- und Industriebetriebe und gefährdet somit bestehende Arbeitsplätze.

Des Weiteren ist die Uckermark bereits mit weit über 60% Schutzgebieten (Nationalpark, FFH, SPA, IBA, NSG) überzogen. Die hier lebenden Menschen werden dadurch in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stark beeinträchtigt.



Jens Koeppen
Fraktionsvorsitzender CDU

Hans-Chr. von Lentzke
Fraktionsvorsitzender SPD

Martin Krause
Fraktionsvorsitzender BV